

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: bis 22 mm breite man-Zeile im Anzeigenblatt 14 Rp., bis 79 mm breite man-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Nachst nach Stoff d. Anzeigenpreisl. Nr. 1. Preisgebühr für Buchstabenzeilen 30 Rp., auß. Porto. Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich
Geldmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einchl. 145 Rp. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandabonnenten: für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rp., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rp.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach - Fernruf: Ortsvertr. Sammelnummer 24601, Fernvertr. 14194, 20024, 27061-27063 - Telegr.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurzf. 9361-9366
Druck: Dresden 2000 - Nachdrucke ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anteils

Nr. 152 Sonnabend, 8. Juni 1935 43. Jahrgang

Deutsche Bauern in Sowjetrußland erschossen

Vorkläufige Lösung der Krisis in Frankreich - Der letzte Tag der Regierung Macdonald - Die Regulierung der Elbe gesichert

Weil sie nicht verhungern wollten

Neue Opfer des bolschewistischen Terrors

× Berlin, 7. Juni

Vor wenigen Tagen ist der deutschstämmige Bauer Michael Höhrich aus dem Dorf Strahburg, Bez. Oelsa, durch Erschießen hingerichtet worden. Mit ihm sollen vier weitere Verhaftete, darunter der deutschstämmige Bauer Simon Sebastian Klein, erschossen worden sein.

Höhrich, Vater von sieben Kindern, ist ebenso wie Klein katholischer Glaubens. Er wurde nach Mitteilung in einer Sonderkommission der Sowjetregierung „kollektivwirtschaftlich“ vom 5. Januar 1935 als „Hilfer-Agent“ (!) zum Tode verurteilt, weil er „über fünf-hundert Klagenbriefe an sowjetische Organisationen in Deutschland, Polen und in der Schweiz“ geschrieben habe, in denen er um Hilfe bat. Wie schlagartig werden konnte, hat die neuntägige Familie Höhrich in der Zeit vom Januar bis Mai 1934, also noch während der mit Kenntnis der Sowjetregierung verlaufenden Missionsreisen in Ostpreußen, erfahren. In Ostpreußen wurden insgesamt 400 Reichsmark auf dem sowjetischen Torgin-Weg erhalten.

Simon Sebastian Klein wurde nach der Sowjetzeitung „Neues Dorf“ vom 18. Dezember 1934 in Landaun, Bez. Oelsa, zum Tode verurteilt, und zwar als „Agent sowjetischer Organisationen in Deutschland und Litauen“, der „hundert Briefe“ nach dem Ausland geschrieben habe. Obwohl Klein im März 1933 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt war, mußte er dennoch in der Sowjetunion verhaftet werden. Klein hat aus Deutschland und der Schweiz je eine Torgin-Lieferung

von insgesamt 18,00 Reichsmark erhalten, und zwar im März und Mai 1934.

Von beiden Bauern liegen mit ungelauteter Hand geschriebene Briefe vor, die von schwerster persöhnlicher Not zeugen, aber keine Kritik über die tatsächlichen Zustände enthalten. Aus eigenen Zeugnissen der Sowjets ist jedoch hiernächst bekannt, daß im Winter 1933 und im Frühjahr 1934 in Ostpreußen schlimme Hungersnot herrschte. Die Bauern haben sich gegen den Hungertod gekämpft, sie wollten die Leiden ihrer Familien mildern - der Sowjetterror befruchtete das mit dem Tode! Das beklagenswerte Schicksal der beiden deutschstämmigen Bauern ist ein erneuter Beweis dafür, daß vor den sogenannten Torgin-Sendungen nach Sowjetrußland nicht dringend etwas gewonnen werden kann.

Bluturteil der Sowjetunion gegen protestantischen Pfarrer

× Genf, 7. Juni

Das „Journal de Genève“, das kürzlich über sowjetische Todesurteile gegen die Pastoren Zeib und Teufelmann berichtet hatte, erzählt heute, daß der Pastor Simon Kludt in Komunistenhaft - ein Bauer von neuem Rindern - am 17. oder 18. Mai gleichfalls zum Tode verurteilt worden ist. Weiter ist der Pfarrernotstand der protestantischen St. Anna-Kirche in Keningrad, Cosar Wilhelm Simon, in Strelka am 17. Mai verhaftet und seine Kirche, die ein wichtiges Zentrum des Protestantismus bildete, geschlossen worden.

Rabinett Laval gebildet

Heute noch Regierungserklärung - Aufnahmen in Paris

Telegramm unfres Korrespondenten

H. Paris, 7. Juni

Wie nicht anders zu erwarten, legte der ehemalige Kabinettminister Piétri am Donnerstagmorgen seinen Antrag zur Rabinettbildung in die Hände des Präsidenten zurück, da es ihm unmöglich schien, eine brauchbare Mehrheit zu finden. Der Präsident vertrat bei diesem dem Kammerpräsidenten Souffian und darauf dem Fraktionsvorsitzenden der Radikalfraktion, Delbos, die Rabinettbildung an. Aber beide lehnten ab. Um 19 Uhr empfing darauf der Staatspräsident Pierre Laval, den er zum zweitenmal mit der Regierungsbildung beauftragte. Laval nahm im Hinblick auf den Ernst der Lage diesen Auftrag an. Die weiteren Absichten betrafte er zu Verhandlungen mit den Parteiführern, und in der dritten Morgenstunde konnte er sein Rabinett vorstellen. Es legt sich folgendermaßen zusammen:

- Ministerpräsident und Außenminister: Laval (Parteilos)
- Staatsminister ohne Parteizugehörigkeit: Gerriot (Rad.)
- Justiz: Marin (Republ. Vereinigung)
- Inneres: Bernard (Republ.)
- Finanzen: Pignatelli (Republ.)
- Erziehung: Ferdinand (Republ.)
- Gandbel: Pignatelli (Republ.)
- Landwirtschaft: Pignatelli (Republ.)
- Verkehr: Pignatelli (Republ.)
- Arbeitsangelegenheiten: Pignatelli (Republ.)
- Wissenschaften: Pignatelli (Republ.)
- Wirtschaft: Pignatelli (Republ.)
- Wohlfahrt: Pignatelli (Republ.)

Das neue Rabinett wird sich sofort im Einklang mit dem Präsidenten der Republik, Verbrun, vorstellen, um anschließend sofort einen Rabinett- und Ministerialab-schluß, der der Bildung der Regierungserklärung

gewidmet sein wird. Laval denkt, schon heute um 18 Uhr vor die Kammer zu treten, um von ihr ein Vertrauensvotum zu fordern.

Die Regierungsbildung war überaus schwierig

Besonders das Finanzministerium war kaum zu besetzen. Niemand wollte diese un dankbare Aufgabe übernehmen. Auch sonst gab es sehr viel Ob- und Wider und sehr viel persönliche Willkür. Aber die Schwere der Lage half. Das Parlament im Grunde ist bei uns doch eine Übung gefunden zu haben. Dabei ist aber das Rabinett Laval eigentlich keine parlamentarische Leistung, denn nicht die politische Einsicht, sondern die Not hat das entscheidende Wort gesprochen. Das zeigt auch die Tatsache, daß die radikalfreie Fraktion einstimmig bis auf drei Stimmen beschloß, die Regierung Laval nicht zu unterstützen, um das Land nicht großen Schwierigkeiten auszuliefern, die die Gegner der Republik herbeiführen würden. Das ist eine eigene Einschätzung für die Unterstützung des neuen Rabinetts. Der neue Ministerpräsident erklärte gestern nach: „Die Regierung der Sammlung und des Handels, die ich gebildet habe, ist entschlossen, alles ins Werk zu setzen, um die Spekulation gegen den Franken zu brechen und um unsere Währung zu retten.“ Politisch-parlamentarisch gesehen, ist es wieder eine Regierung der „Nationalen Union“.

Das Rabinett Laval gleicht der Regierung Mandin wie ein Ei dem andern

Das Rabinett Laval gleicht der Regierung Mandin wie ein Ei dem andern, nur daß das Ei einmal auf der Spitze stand und einmal umgekehrt. Ein Unterschied ist allerdings vorhanden: Laval wird vom Parlament nur be-schränkt Vollmacht verlangen. Der ganze Streit um die Regierungsbildung ging, wie erinnerlich, ja nur um die Abgrenzung der Vollmachten, die die Regierung von dem Parlament erhalten sollte. Mandin verlangte alles und sagte dabei nicht einmal, daß er vorzöge. Souffian blieb in den Spuren Mandins; war aber schon für eine Abgrenzung der Vollmachten auf eine kürzere Zeitdauer zu haben, was im Hinblick auf den Wahlenkampf im kommenden Jahr von großer Bedeutung war. Bei seinem ersten Versuch sah sich Laval schon mit der Zustimmung von Voll-machten zufrieden, welche die wichtige Vollmacht war

Berliert Nanjing Nordchina?

„Pufferzone“ unter Einfluß von Peking und Tientsin - Die japanischen Forderungen

Die Lage im Fernen Osten hat sich wieder einmal angeipst. Ist nicht so so ans, als ob die chinesische Zentralregierung in Nan-king ganz Nordchina einschließlich der ehemaligen Hauptstadt Peking, oder, wie sie jetzt genannt wird, Peking, und der westlichen Provinz Tientsin an die Japaner verlieren sollte. Wenn man den Tokioer Zeitungen glauben schenken darf, so hat sich Japan entschlossen, aus Nordchina eine „Pufferzone“ zwischen Japan und China zu schaffen.

Bekanntlich wurden die Kämpfe, die sich in der chinesischen Provinz Jehol an die Eroberung der Mandchurien angeschlossen und in denen die japanischen Truppen bereits bis in sehr bedrohliche Nähe an Peking herangekommen waren, durch die Schließung einer „neutralen Zone“ beendet. Derartige neutrale Zonen hat noch niemals Danerlängeren gesehen, sondern sie endeten sich stets sehr bald zu beun-ruhigenden Kämpfen. So auch diesmal. In der neutralen nordchinesischen Zone blühte ein Aufstand auf, dem die chinesische Regierung nicht beigekommen vermochte. Gleichzeitig bekämpften sich die Japaner über eine zunehmende anti-japanische Propaganda in ganz Nordchina.

Während nun seit Wochen zwischen Japan und China auf diplomatischem Wege über eine Annäherung verhandelt wird, stellt die Führung der japanischen Armee auf dem asiatischen Festland in der vergangenen Woche plötzlich eine Reihe kategorischer Forderungen an die chinesische Regierung. Sie verlangt die sofortige Schließung aller sogenannten Linien in der neutralen Zone; sie verlangt weiter die Beilegung des chinesischen Befehlshabers in Nordchina, General Yu, und die Beilegung der chinesischen Kommandos und der Provinzialbehörden von Tientsin ins Innere des Landes, nach Peking, südlich von Peking. Im Hintergrund aller dieser Forderungen stand selbstver-ständlich die offizielle Anerkennung des neu geschaffenen Mandchukuo durch die chinesische Zentralregierung. In Nanjing weiß man, daß es unmöglich ist, Japan Widerstand zu leisten. Man weiß aber auch, daß eine Anerkennung Mandchukuo eine Volksbewegung hervorrufen würde, der keine Regierung standhalten könnte. In-solange nicht war: Japan verhält sich in einzelnen Punkten entgegennehmend.

Aber dieses Einigenkommen genügt bisher den Japanern nicht. Als der chinesische Gesandte in Tokio bei dem Außenminister Hirota vor sprach, erklärte ihm dieser, bei den Zwischenfällen in Nordchina handle es sich um „lokale Fragen“, deren Regelung nicht dem Außenministerium in Tokio, sondern den örtlichen Befehlshabern auf beiden Seiten überlassen bleiben müsse. (Mit der gleichen Begründung lehnte man feierlich, als die Japaner Klagen im Herbst

1931 belegten, zunächst Verhandlungen in Tokio ab, indem man die Vorfälle als „rein lokaler“ Natur be-zeichnete). Hirota gab aber dem chinesischen Gesandten den sehr deutlichen Hint, man habe sich in Nanjing Gelegenheit, den guten Willen durch „Taten“ zu be-weisen, nämlich durch Annahme der japani-schen Forderungen. Das war nicht sehr erfreulich. Denn zu diesen Forderungen gehört, wie nunmehr bekannt wird, auch die Auf-lösung aller Organisationen der Annamings, der großen politischen Organisationen, auf die sich die chine-sische Zentralregierung in Nanjing stützt. Das würde aber bedeuten, daß Nordchina dem Einfluß der Nanjing-Regierung völlig ent-zogen und tatsächlich, wenn vielleicht auch nicht form-ell zu einem selbständigen Staat würde.

Bei der Betrachtung dieser Forderungen dürften die Vorgänge in der äußeren und inneren Monarchie nicht unberücksichtigt werden. Wir haben schon öfter an dieser Stelle auf das außerordentlich unrichtige Ziel hingewiesen, das zur Zeit von China, Japan und Sowjetrußland in den Eben Steppen, die das eigentliche China von Sowjetrußland und Sibirien trennen, angedacht wird. Immer wieder kamen Nachrichten, daß Japan von Mandchukuo aus sich in der inneren Monarchie schrittweise demüde, gleichzeitig arbeitete die Armee mit erhöhtem Trud in der äußeren Monarchie, die ja schon seit dem Zusammenbruch der Sowjetregie-rung unter Lager-Zerwürfen unter maßgebendem Moskauer Einfluß stand.

Das Berliner Tageblatt weiß heute zu berich-ten, General Blücher, der Oberkommandierende der Armeekorps im Fernen Osten, habe mit der äußeren Monarchie ein weitreichendes Bündnis geschlossen. Die äußere Monarchie solle für Bündnis-zwecke eine Anleihe von 10 Millionen Goldmark er-halten. Ferner werden die Verkehrsverbindungen zwischen Sibirien und der Monarchie unter russischer Leitung ausgebaut werden. Dafür verpflichtet sich die Regierung der äußeren Monarchie, der sowjetischen Propaganda feindlich zu verhalten und die Zahl der russischen Instrukteure zu vermindern und den Sowjettruppen bei einem Durchbruch alle Erleichterungen zu verweigern.

Nachdem die Verkehrsverhältnisse in der Mandchurie einigermaßen geordnet sind, bezieht Japan und Rus-land also neue Kampfmittel weiter in die Hände. Japan braucht selbstverständlich für eine Durchdringung der inneren Monarchie und ihre Ver-bindung mit Mandchukuo, das nordchinesische Hinter-land. Hier dürfte der Schlüssel zu den Forderungen der japanischen Militärbehörden in Nordchina liegen.

Th. Sch.

Persönlichkeiten um Laval

× Paris, 7. Juni. (Durch Funkruf)

Von den neuen in das Rabinett eingetretenen Persönlichkeiten beansprucht der Finanzminister Laval ein besonderes Interesse. Laval ist kein unbekannter Politiker. Von Beruf Rechtsanwalt und vielseitig journalistisch tätig gewesen, wurde er 1903 in die Kammer und 1920 in den Senat gewählt. 1932 wurde er Präsident des Finanzkomitees der autonomen Kurortkommunen. Im Rabinett Mandin hat er den Posten des Innenministers bekleidet und in dieser Eigenschaft eine viel beachtete Beschlusssammlung nach Algerien und Tunis durchgeführt, um im Auftrag der Regierung die dortigen krisenhaften Zustände zu untersuchen. Laval gehört der Radikalfreiepartei an. Er lebt im 67. Lebensjahr.

Ein markanter Kopf der neuen Regierung ist Kriegsminister Fabry. Von Beruf Offizier, war er 1916 und 1917 im Großen Hauptquartier ein Mitarbeiter des Marschalls Joffre. Seit 1919 gehört er der Kammer an. Unter Poincaré und Francois-Marcel vertrat er das Kolonialministerium. Dem zweiten Rabinett Daladier gehörte er als Minister der Landesverteidigung an, bis die blutigen Februarereignisse 1934 ihn mit dem Rabinett zum Rücktritt veranlaßten. Er steht der Gruppe Tardieu nahe und hat als Vorsitzender des Deputiertenrates der Kammer in Wort und Schrift für eine harte Oerrepolitik genossen.